

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Orginal

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besagobehingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ulstein & Co. Druckerei: Georg Bernhard Verlag
Red. (im Ausg. d. Handelt.): L. V. Dr. von M. Müller, H. B. M.
Druck: Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ulstein: Am Danhof (A 7) 3600-3605,
für den Fernverkehr: Am Danhof 3608-3606. Telegramm-
Adresse: Ulsteinbahn, Berlin. Postfachkonto Berlin 946.

Die letzte Trifolore sinkt

Guillaumats Abmarsch

Mainz, 30. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Pünktlich zur programmäßig festgesetzten Stunde, um 11 Uhr vormittags, ist die letzte Trifolore, die als Symbol der Machtbejahung des Oberstenkommandierenden der Rheinarmee auf dem alten farnumzäunten Schloß steht, eingeholt worden.

Eine halbe Stunde vorher waren die letzten Truppen aus Rastel über die Rheinbrücke und aus der letzten noch bewohnten Wälinger Kaserne in feindlichmüßiger Ausrichtung vor dem Schloß angeordnet und hatten dort Aufstellung genommen. Es mochten etwa 500 Mann sein, die Truppen dieses Abzuges der Franzosen vom jetzt freien Rhein gebildet sind.

Als General Guillaumat, von seinem Stab begleitet, vom Portal des Wälinger Schlosses her über den Hof schritt, erfuhr der Befehl: „Au drapau!“ Die Cloisons schmetten den Marsch, die Truppen präsentierten, die Marschmusik ertönte und langsam trat sich die Fahne Frankreichs, die dann von einer Ehrenkommande zum Jubelstöße geführt wurde.

Die vielen Tausende bewaffneter Menschen, die dem Schloßfeld behauchten — es waren die meisten Wälinger und umgebende Bewohner aus der weiten Umgebung — begleiteten das Niederlegen der Trifolore mit lautem Jubelgeschrei und Applaus.

Am unmittelbarsten Anstoß an den Abmarsch der Truppen begab sich der Stab im Auto ebenfalls zum Wälinger Hauptbahnhof. Um 10 Uhr wurde die Spitze der Truppen in den Tranzortzug einbezogen. Ihm folgt im Sonderzug General Guillaumat mit seinem Stab.

Die ersten Bahnen sollen um 5 Uhr aufgegeben werden, wenn die für Mainz vorgesehene Schlußpforte an der Richtung von Rastel über die Rheinbrücke eingedrückt sein wird.

Späherer sind dabei, den Festlag der großen Befreiungsfeier, bei der der Reichsminister Dr. Brüning die Reichsregierung vertreten wird, anzurichten. Breite, den ganzen Tag umhängende Tannengirlanden werden angebracht, das Stadthallengebäude wird in Sicht von Tausenden elektrischer Lampen erleuchtet, eine große Reihe von Lautsprechern wird die Reden den Massen zu Gehör bringen.

Man erwartet einen Besuch, wie es selbst an seinem höchsten Festtage, am Annoncement, niemals hat feststellen werden können. Ein erstes festliches Fest, wie stark in das umfängliche Deutschland hinüber das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität wirkte.

Tirards Abschied

Wiesbaden, 30. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, nachdem sie etwa 800 Mann starke „Ehrenkommando“ eine letzte Parade veranstaltet und die drei fremden Flaggenträger niedergebittet, mit allen noch in Wiesbaden gebliebenen Truppen die Stadt verläßt. Am Sonnabend hatte in der letzten Sitzung der Kommission

nach verschiedenen anderen Vorschlägen der Vorsitzende Tirard, den Reichsminister Freiherrn Langemann von Simmern, von dem einseitigen Abmarschtermin verhandelt und ihm für die große Öffentlichkeit im hiesigen Theater gebittet. Der Reichsminister sprach den Wunsch aus, daß der 30. Juni den Beginn einer Periode völliger und endgültiger Auslösung zwischen den Alliierten fernzulegen werde; er selbst werde an dieser Verabschiedung weiter mitarbeiten.

Eine Überbrückung der Deutschen Volkspartei der Pfalz hat am Grabe des Reichsfinanzministers Dr. Stresemann einen Kranz mit weißblauer Schleife niedergelegt. Auch der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat seinen Führer durch Niederlegung eines Kranzes am Grabe geehrt.

Der Fall Curtius

Reichstagsfeier der Befreiung / Reichsratsmehrheit für Brüning's Deckungsvorlagen / Die Deutsche Volkspartei und ihr Minister

Heute, am Tage der einhundertjährigen Befreiung des Rheinlandes, legte der Reichstag in der Mittagsstunde die Beratung des Etats des Reichsaussenministeriums vor. Um 1/2 12 Uhr nachmittags ist eine zweite Sitzung anberaumt, die ausschließlich einer Kundgebung für das Rheinland gewidmet, eine Befreiungsfeier des Parlamentes sein soll. Reichstagspräsident Brüning wird der Dolmetscher der Volkstretzung sein.

Am Dienstag wird man nach wieder von den Finanzen reden. Das Plenum des Reichstages ist auf ein Uhr einberufen und es ist von vornherein gewiß, daß es in seiner großen Mehrheit den neuen Vorschlägen zustimmen wird, die das Reichsfinanzamt zur Deckung des Etat-Defizits eingebracht hat. Damit wird die erste Barriere überwunden sein, an der die wichtigsten Deckungsvorlagen, die von Dr. Wolbenauer gezeichnet waren, scheiterten. Der Weg in den Reichstag wird frei und die Regierung wird bis zur zweiten Lesung ausreichend Zeit haben, in den Verhandlungen mit den Parteien die Verwirklichung der Gesegenswürde zu sichern.

Die Aussichten blicken hell, wie schon berichtet wurde, günstig; indes innerhalb der Deutschen Volkspartei ist man jetzt der Meinung, daß die Vorlagen Brüning-Dietrich nicht ohne weiteres verworfen werden können. Das bedeutet ins Politische überlegt, daß die Deutsche Volkspartei nicht mehr so sicher ist, daß ihr Teil

nur in der Zukunft sich der Verantwortung zu lösen wäre. Bei einigen Tagen noch die vom parteipolitischen Reichstagsfraktion des Reichsaussenministers Dr. Curtius gebildet, aus dem Amt zu scheiden, weil er bei der Entscheidung über das Finanzprogramm Brüning im Reichstag sich mehrfach hat überstimmen lassen. Dr. Curtius hat es ebenfalls abgelehnt, die Frage der Ministerverantwortlichkeit aus einem so über berechtigten Fraktionsinteresse hinaus zu entscheiden. Er hat sich auch wiederipflichtig gezeigt, als nachher von ihm die Niederlegung des Mandates verlangt wurde, und sein landlicher Reichsaussenminister hat sich auch völlig auf seine Seite gestellt, indem er forderte, daß die Reichstagsfraktion es Dr. Curtius ermögliche, nicht nur im Amt zu bleiben, sondern auch sein Mandat zu behalten.

Die Volkspartei wäre im Recht gewesen, hätte es sich um grundsätzliche Differenzen gehandelt. Da nun ist im Falle Curtius nicht die Rede. Die Stellung des Auswärtigen Amtes, in dem die Stabilität des Reiches besonders wichtig ist, sollte in die tatsächlichen Schwankungen einer schwachen Fraktion vertrieben werden. Das hat sich Curtius nicht gefallen lassen. Wenn kein Beispiel Nachahmung findet, wird man vielleicht auch in Deutschland endlich dazu kommen, die verantwortungsbewußt festgelegten Aufgaben der regierenden Fraktionen und des Interalliierten Parlamentes strenger zu stellen und die Grenzen mehr zu respektieren.

Zwangsföhlen-Syndikat verordnet

Regierungsstillsitz mit Reusch / Freie Vereinbarung fabrikert

Das Reichswirtschaftsministerium, das zur Zeit von Staatssekretär Trendelenburg verwaltet wird, hat heute durch Verordnung den neuen, für zehn Jahre geltenden Syndikatsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats gegen den Willen eines mächtigen Außenleiters, der Reusch-Gruppe, für verbindlich erklärt und vom 1. Juli ab in Kraft gesetzt. Es ist das erstmalig seit vielen Jahren, daß ein Zwangs-Syndikatsvertrag notwendig geworden ist.

Die einschneidende Maßnahme des Reichswirtschaftsministeriums bekommt ihre besondere Bedeutung durch ihre Entstehungsgeschichte. Der neue Syndikatsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats sollte auf Grund neuer Berechnungen bereits am 1. April in Kraft treten. Aber eine Reihe von Außenleitern erklärte sich mit den ihnen zugewiesenen Kohlenquoten nicht einverstanden. Um noch Zeit für neue Verhandlungen zu lassen, verlängerte das Reichswirtschaftsministerium im Einvernehmen mit der Industrie den alten Syndikatsvertrag mehrmals um einen Monat.

Am letzten Donnerstag war auch noch Staatssekretär Trendelenburg mit mehreren Kohlen-Syndikatsmitgliedern der Regierung noch offen gegenüber, und ihren Bemühungen war es gelungen, die Zahl der Außenleiter, die etwa ein Prozent Leistung noch weiter zu verringern, so daß zum Schluß nur noch zwei kleinere Verbände, Westfalen und Deutsch-Erbzoll, ablehnt fanden. Den Außenleitern war etwa die Hälfte ihrer Forderungen bewilligt worden, unter der Voraussetzung, daß sie bis heute nachmittags

6 Uhr freiwillig den Syndikatsvertrag unterschrieben. Es war Aussicht vorhanden, daß auch noch die Gruppe Westfalen von dieser letzten Frist Gebrauch machte, so daß dann nur noch ein Prozent des gesamten Bergbaus außerhalb des Syndikats geblieben wäre.

Es erklärte gestern öffentlich der Generaldirektor der Guhrer Zugschneiderei Reusch, daß er den Syndikatsvertrag nun nicht mehr anerkennen könne, weil sich die Regierung in der Verhandlung der Unternehmer einmüßig habe. Diese Begründung ist

eine vollständige Fälschung der Tatsachen, denn gerade der Reichswirtschaftsminister Dietrich hat sich bemüht, am Beispiel der freien Vereinbarung festhalten und deshalb die Infraktion des neuen Vertrages immer wieder hinausgeschoben. Die großen Syndikatsmitglieder wie Reusch dagegen bestritten, darauf, daß die Regierung ihnen das Optimum abnehme und durch den Maßstab des Staates die kleineren Außenleitergruppen zwingen, sich den Bedingungen der großen zu fügen.

Durch die Opposition Reuschs, der als bisheriger Vorsitzender des Bergamtenvereins und als einer der größten Kohlenindustriellen, eine besonders einflussreiche Stellung in der Schwerindustrie innehat, hat sich die Lage völlig geändert. Die Regierung hat nunmehr durch ihren erklärten neuen Geschäftsführer die Autorität gewandelt und den Querstreichen im Ruhrgebiet ein Ende gemacht.

Thüringen unterliegt in Leipzig

Das Ermächtigungsgesetz ist verfassungswidrig

In der Meinungsverschiedenheit zwischen Reich und Thüringen über die Verfassungsmäßigkeit des 8 3 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes hat das Reichsgericht zugunsten des Reichs entschieden und erkannt, daß der 8 3, Abs. 1 dieses Gesetzes mit dem Reichsgesetz nicht vereinbar ist. Das Reichsgericht ist in allen Punkten dem Standpunkt des Reichsaussenministers des Innern beigetreten.

Das Ermächtigungsgesetz sollte die Möglichkeit schaffen, Beamte willkürlich abzubauen. Bereits in dem Kampf

um das Gesetz vor den Beamten-Organisationen und vor den Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei immer wieder festgesetzt worden, das das Gesetz in seinem entgegenstehenden Anhalt gegen die Reichsregierung verstoße. Es wurde im thüringischen Landtag mit einfacher Mehrheit angenommen und von der Regierung unterzeichnet in Kraft gesetzt. Das Reich hat beim Reichsgericht die Klage erhoben, in der seit eine Entscheidung gegen die thüringische Regierung gefällt worden ist.

Freiwillige Beamtenschaft

Arbeit für 270000 Arbeitslose

Johannes Kubon, der Leiter des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft, unterbreitet der Öffentlichkeit folgenden Vorschlag einer freiwilligen Beamtenschaft:

Die Reichsregierung fordert von den Beamten und den Angehörigen in den öffentlichen Betrieben eine „Beamtenschaft“ von 135 Millionen Mark. Die Beamtenschaft könnte sich gegen die außergewöhnliche Bekämpfung. Die „Beamtenschaft“ würde wesentlich ausgeübt werden für die Arbeitslosenvermittlung, ohne daß produktive Arbeit geschaffen wird. Was gegen den Vorschlag einer Selbsthilfe der Beamten, die 130 Millionen Mark für die Arbeitslosenvermittlung erparnt und zugleich neue Arbeitsplätze schafft.

Dieses Ziel kann auf folgende Weise erreicht werden: Die Beamten treten in dieser Weise, wie es die Reichsregierung wünscht, 135 Millionen Mark von ihren Gehältern in entsprechenden Monatsbeträgen ab. Diese Monatsbeträge wird aber den Beamten bzw. deren Hinterbliebenen nach zehn Jahren zinslos zurückgezahlt. Die Sicherung der Rückzahlung geschieht durch das Arbeitsvertragsverfahren auf Grund des Beamtenheimstättengesetzes.

Weitere 135 Millionen Mark werden durch eine Anleihe beschafft und ebenfalls durch das Beamtenheimstättengesetz und durch Reichsbürgschaft gedeckt. Wir nehmen an, daß die letzten 135 Millionen Mark mit 6 v. H. zu verzinsen sind. Dann könnten wir, da die ersten 135 Millionen Mark von der

Beamtenschaft zinslos hergegeben werden, 270 Millionen Mark zu 3 v. H. bereitstellen.

Für diese Summe erlassen wir für die Beamten Heimstätten- und Beschäftigungsmöglichkeiten, und zwar werden für jede Wohnung durchschnittlich 9000 Mark zu 3 v. H. bereitgestellt, bezant, daß diese Wohnungen auch ohne Staatszuschüsse und

sonstige öffentliche Mittel errichtet werden können. Wenn wir die Durchschnittsbaukosten einer Feinvilla, also ohne Grund und Boden, auf 14000 Mark berechnen, würden wir mit Hilfe der 270 Millionen Mark 270 000 Arbeiter in 6 Monate lang beschäftigen. Dadurch würden 130 Millionen Mark Reichsausgaben für die Arbeitslosenunterstützung erparnt.

Die Vorteile dieses Vorschlages liegen auf der Hand. Im Gegensatz zur „Beamtenschaft“ der Regierung werden durch die Selbsthilfe der Beamten mehrere hunderttausend Arbeitslose beschäftigt und etwa ein großer Betrag an Reichsausgaben erparnt, die die „Beamtenschaft“ aufbringen muß.

Gegen wirtschaftliche Reaktion

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband gegen Volkspartei

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der sich seit dem Konflikt seines Führers Rumbach mit Lugener mehr und mehr von den Deutschnationalen lösgelöst hat und jetzt politisch der Treutreu-Gruppe und der Deutschen Volkspartei nahesteht, hat auf seiner Tagung in Köln ein Schreiben beantragt, in dem der Verbandleiter Besch über den Fraktionsaustritt Beschl. Dr. Schulz mitteilt, daß die Deutsche Volkspartei gegebenenfalls mit der linken Opposition des D. N. V. rechnen müsse.

In einer Ansprache wandte sich der Volksparteiler Besch, in Gegenwart des Ministers Treutreu, der als Vertreter der Reichsregierung erschienen war, in noch härterer Form gegen die augenblickliche „Politik der wirtschaftlichen Reaktion“. Jetzt, wo

wir eine „marxistische“ Regierung haben, habe nur ein kleiner Teil der Arbeiter sich bereitgefunden, seinen Opfern im Vor der Masse zu helfen. Das Gros solle sich jedem Versuch der nationalen Einigung entgegen. Die Gelegenheit zur Einigung liege jetzt verpaßt. Mitteilungen siehe an Stelle des anfangs maßen Vertrauens. Die S.P.D. brauche jetzt um ihren Anhängern nicht bangen zu sein, die die Fortschritte anderer Parteien, in denen das Geld einen zu großen Einfluß habe, sich die Gung der Masse verdreht haben.

Eine große nationale Partei, die allen als Ideal vornehme, könne nicht gebildet werden, wenn man nicht den Mut aufbringe, wenigstens den vierten Teil der Mandatsarbeit aus der Masse des Volkes zu nehmen.

Massen - Protest gegen Bilfudski

Nur die Demokratie kann helfen

Krakau, 30. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Die polnischen Arbeiter- und Bauernpartei haben hier gestern eine eindrucksvolle Kundgebung unter der Demokratie und gegen das Bilfudski-System veranstaltet, die, von unbeeinträchtigen Journalisten abgesehen, ohne Störung verliefen ist. Die Regierungen hatten verurteilt, den Zutritt zum dem Parlament einzuschränken. Die Mitglieder der Regierungsparteien haben in 40 Minuten einen in der Demokratie Krakau Gegenmaßnahmen abgehalten.

Am ersten Male haben alle Gegner der verschiedenen Oppositionsparteien für ein gemeinsames Programm gesprochen. In einer Resolution wurde der Rücktritt des Staatspräsidenten gefordert, der sich dem diktatorischen Willen Bilfudskis beugt habe. Der Kongress erklärte, er werde alle Mittel gegen einen Staatsstreich anwenden.

Wenn die Regierungspartei heute auch mit großer Energie auf die Arbeit und Entschlossenheit des Krakauer Kongresses antwortet, so sind doch unmittelbare Folgen zunächst nicht zu erwarten. Auf die Dauer aber wird es nicht ohne Bedeutung bleiben, daß gestern zum ersten Male die roten Banner der Sozialisten, die grünen Fahnen der polnischen Bauernpartei und die mit roten und weißen Streifen besetzten Fahnen der polnischen Bauernpartei unter dem Namen der „Polnischen Demokratischen Partei“ in der Öffentlichkeit auftraten. Die polnischen Demokraten sind mit der nationalen Arbeiterpartei einträglich nebeneinander getreten und für ein gemeinsames Aktionsprogramm worden.

Angeführt der zunehmenden internationalen Agrarcrisis und der Abhängigkeit der polnischen Bauern von der inländischen Landwirtschaft als Käufer und angedeutet der wirtschaftspolitischen Positionen des gegenwärtigen polnischen Regimes, das die Wirtschaftsgemeinschaften in Polen auf längere Zeit hinaus zu rechnen. Die oppositionellen Stimmungen werden also ungewisslich immer härter werden. Unter diesen Umständen ist es recht be-

denkenswert, daß ihnen jetzt ein einheitliches, politisches Programm gegeben wird, es ist die Wiederherstellung der vollen parlamentarischen Demokratie, derjenigen Regierungsform, die sich vollständig zum Ausgleich der Interessen und zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise als unentbehrlich erweisen hat.

Die Revolution in Bolivien siegreich

Die Rolle des deutschen Generals Rumbach

Der erste Satz, den der seit Tagen unterbrochene Draht La Paz-Mexico hier wieder meldete, hieß: „Die Revolution triumphiert in ganz Bolivien.“ Tatsächlich hat die Regierung, an ihrer Spitze der Präsident Gila, eine völlige Niederlage erlitten. Wo sich der Ex-Präsident zuerst aufhielt, ist unbekannt.

Unbekannt ist auch das Schicksal des Generalkommandos von Gila, des ehemaligen deutschen Generalmajor Rumbach. Man weiß nur, daß er von dem militärischen Führer der Revolutionären, dem General Blanco Galindo, in einer Schlacht völlig besiegt worden ist. Einige Meldungen besagen, daß er bei diesen Kämpfen gefallen sei, andere Nachrichten behaupten, daß sich Rumbach in die Deutsche Gesandtschaft geflüchtet habe.

Koranyi prügelt sich

Breslau, 30. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Im Senatspalast in Rattowitz kam es am Sonnabendabend zu einer Schlägerei zwischen dem Abgeordneten Koranyi und dem Rattowitzer Arzt Kujawitz, dessen Oheim Abgeordneter des Schlesischen Senats ist und der Regierungspartei angehört. Dr. Kujawitz verprügelte Koranyi von hinten einen Schlag auf den Kopf. Koranyi, der an der Brustwehr dem Arzt weit überlegen ist, wurde nicht verletzt und verzögerte ihn. Der Grund für diesen Vorfall soll darin liegen, daß Koranyi die Gattin des Arztes im Senatspalast habe.

Weber die Reichsregierung zur freigelegten Revolution hört man folgende Einzelheiten: Der Beginn zum Zustand gehen die Studenten, die am vorigen Sonntag gegen Gila und Rumbach demonstrierten. Dem Präsidenten wurde vorgeworfen, daß er die Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika vertritt, die auf eine kommerzielle Ausbeutung Boliviens hinarbeiten. Die Studenten demonstrieren wurden von General Rumbach mit Waffengewalt auseinander getrieben. Rumbach als 100 Jahre alt, wurde dabei getötet und viele verwundet. Daraufhin kam es mehrere Tage durch zu immer erbitterteren Straßenkämpfen, da General Rumbach die ganze Stadt mit Waffengewalt terrorisierte. Als dann am Mittwoch die Stadt Erato, ein wichtiger Bahnknotenpunkt, zusammen mit der Garnison zur Revolution überging, erobert sich in der Hauptstadt La Paz das Ingenieurkorps, außerdem in den Städten, wo sich der Rumbach als Besatzer. Zum Kampf der Straßenkampf mit doppelter Kraft, bis Sonnabendabend das Regierungsgeschehen von den revolutionären Truppen erstickt wurde. Eine Gruppe höherer Offiziere übernahm die provisorische Regierung, ließ die Gefängnisse öffnen und befreite die politischen Gefangenen. Es soll in militärisches Direktorium gebildet werden, das amtierend wird, die Wahlen ausgeschrieben sein.

Am La Paz berichtet nach den neuesten Meldungen habe. Die Bevölkerung hält große Siegesdemonstrationen ab.

Moskau gegen Curtius

Moskau, 30. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Reichsregierung von Minister Curtius und die Diskussion veranlassen die „Sowjetia“ zu einem längeren Kommentar, der auf den bemerkenswerten Unterschied zwischen der deutschen und der russischen Auffassung über die Unterredung Curtius-Restinski hinweist.

Die „Sowjetia“ begründet natürlich die Erklärungen von Minister Curtius, daß die Beziehung auf Grund der bestehenden Verträge gestiftet werden sollen, legt dann aber, daß Curtius über die abgelaufene Periode, in der die gegenseitigen Beziehungen drohten waren, eine Darstellung gegeben habe, die nach russischer Auffassung keineswegs zureichend ist. In Rußland sehe man den Grund für die vorübergehende Verschärfung der deutsch-russischen Beziehungen in der antisowjetischen Campaigne im Hinblick auf den sogenannten Vertrag gegen die Sowjet-Union. Der deutsche Außenminister habe in Reichstag erklärt, der Moskauer Kurs schädige das Deutschtum in Rußland, die ganze Kulturwelt liege wegen der bekannten Vorgänge auf religiösem Gebiet demütigt und nur allem lasse sich die revolutionäre Woge des Bolschewismus nicht mehr überleben, wenn man die Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen unerschütterlich erhalten wolle. Aus diesen Gründen habe die deutsche Regierung einen Meinungsaustrausch mit der Sowjetregierung für nötig gehalten, der zu dem bekannten gemeinsamen Communiqué führte.

Eine solche Darstellung, erklärt die „Sowjetia“, ermude unrichtige Vorstellungen. Nach Ansicht des russischen Außenministers sind durch die Beziehungen die Grundzüge für die russisch-deutschen

Beziehungen liquidiert, deren Grund im Moskauer Kurs gelegen habe. So ergebe sich die unrichtige und politisch schädliche Vorstellung, daß die Sowjetregierung über ihren Kurs verhandelt und langwierige Befragung gelobt habe. Mit aller Entschiedenheit müsse bemerkt werden, daß weder die Fragen der russischen Innenpolitik, noch die Frage der Religionsverfolgung, noch Fragen der internationalen, kommunistischen Bewegung Gegenstand der Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin gewesen seien.

Die Interpretation, wie sie im Reichstag gegeben worden sei, könne kaum die Befreiung fremdbürgerlicher Beziehungen fördern, deren Notwendigkeit der deutsche Außenminister mit Recht hervor-gehoben habe.

Die Diebstahlsfuhr floht

Moskau, 30. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Genau wie sich vor einiger Zeit beim Ausbruch von Sozialist und Rattowitzer Arbeiter die einzelne Arbeiterliste in der Sowjetunion gegen die Abgabe ihrer überflüssigen Lager an andere Gebiete zeigten, so werden Klagen über die Viehplünderung laut. In Kaschan, dem reichsten Viehgebiet der Sowjetunion, konnten Mai und Juni fast zu vier Vierhundert der Subjektzahlungen vorgezogenen 23 000 Stück Rindvieh trotz aller Wache nur 1400 Stück angetroffen werden.

Paßkowskyer
Die Anwesenheit der Strolch-Präsidenten hat für die Damer der Sowjetunion von Major Paßkowsky den Major A. D. Gila

Recht zu einem Einbruch bestimmt. Zur Ausweitung haben wir auch erklärt, daß den Untersuchungen durch den Staatsanwalt in Berlin und Djalalin abgemerkt werden solle. Finde die Behörde keinen Anhalt zum Einbruch, so werde die Staatsanwaltschaft es als erste Pflicht anzuordnen. In diesem Fall müsse die verbotene Bewohnungsabnahme sofort zurückgenommen werden.

Die Freiburger Studentenschaft gegen die Klassenhege

Freiburg i. B., 30. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Unter Führung der Studentenschaft der Studentenschaft verhandelt heute der Allgemeine Studentenschaftsrat über den von nationalsozialistischer Seite gestellten Antrag auf Einführung des Numerus clausus für jüdische Studierende. Der Antrag wurde mit 22 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Ein zweiter Antrag, durch den die Korporationen die Situation im Sinne gemäßigt nationaler Einstellung zu retten verstanden, verfiel mit 15 gegen 10 Stimmen ebenfalls der Ablehnung.

Es jetzt sich also erfreulicherweise, daß die Freiburger Studentenschaft antinationalistischen Experimenten entschieden abgeneigt ist. Einen besonders sympathischen Widerspruch erhielt die Sitzung noch dadurch, daß auf Antrag der Republikanischen Studentenschaft mit großer Mehrheit beschlossen wurde, daß am 1. Juli, dem Tage der Verfassungseröffnung, namens der Freiburger Studentenschaft am Orator Stiefmann ein Antrag niedergelegt werden soll.

Oesterlacher
Reichsingenieurmeister Dietrich, der früher Bürgermeister von Rehl war, ist zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden.

Das Kreuz im Stadion

Die Feier des Märkischen Katholikentages

Am gestrigen Sonntag, dem katholischen Festtage Peter und Paul, veranstaltete die katholische Arbeit Berlin unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Raueker unter protektionistischem Patronat, den 28. Märkischen Katholikentag in der Form einer religiösen Feierlichkeit, die sich im Oranienbaum-Stadion abspielte.

In der Tat eine katholische Aktion in großem Format, in einem prunkvollen Zeremoniell, das Auge und Ohr einer Ewigkeitsgemeinde mit übermäßigem Einbräuen erfüllte und zugleich ihren Geist auf den religiösen Gehalt des Katholizismus hinwandte. Eine grandiose Verschönerung von fanatischer Aufmachung und sinnvoller Bedeutung; ein Jubel von Fächeln und Klängen zur Ehre des Hohen; eine Durchdringung des irdischen Seins und des irdischen Spieles mit den überweltlichen Motiven der Erlebung, des Opfers, des Kreuzes.

„Das Kreuz — unser Ziel!“ ru lautet das Motiv der Feierlichkeit. Und zum Zeichen dessen war inmitten des Stadions, an der gleichen Stelle, an der sonst der patriotisch gefärbte Mastel triumphiert, ein Kreuz errichtet, an welches die Teilnehmer mit dem Insignien ihrer Gemeinden, aus einem roten Stoffband herangezogen, das zugleich den Altar bildete. Das Ganze eine freilich-Ritze darstellend, überwältigt von der sonnenhellten Rappel des Himmels und umflutet von den geläuterten Stimmen der Rinde, von den Fächeln der Republik, des preussischen Staates und der Reichshauptstadt Berlin.

50.000 gläubige Menschen — nicht eingerechnet die Zuschauer des, die an dem geistlichen Spiele mitwirkten — hatten sich auf den Stufen der Arena versammelt. Unter ihnen viele und höchste Würdenträger des Kreuzes und der Politik, zugleich eine Bevölkerungsdichte des gewichtigen Einflusses, dessen sich der Katholizismus und die Partei des Zentrums im republikanischen Deutschland erfreut. Auf hoher Empore, die von Rindern mit Klängen geleitet wurde, der päpstliche Nuntius Celso Orlandi und der Bischof Berlins, Dr. Schreiber, im vorderen Front. Rechts daneben der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister und der höchste Staatspräsident. Man sah ferner die frühesten und gegenwärtigen Chefs der Reichswehr, Dr. Schädel und Gieseler, den Reichsarbeitsminister, Dr. Stierwald, die einflussreichen Regierungsglieder, Graf, Berner und Köhler, die Geliebten Babens und Plessens.

Ein feierlicher Antritt: unter Glockengeläut und den Klängen des Beethovenischen Symphonie, umfassen der Nuntius und der Bischof im Kreis lauten des Hohen Kreuz, von dem die Teilnehmer jubelndem Zuruf begrüßt. Und nach Verlauf von zwei Stunden

ein 50.000 Menschen in der Ehrfurcht die Rinde, während unter dem Schall der Glocken des Hohen Kreuzes, dem goldenen Halbmonde (heiligen roten) und folgen nach Hunderten von Ministranten in farbigen Gewändern, in Wolken vom Wehrschiff geführt, die als Verkörperung des Geistes zum Himmel emporwandern. Der ergreifende Klang, der das Symbol des Geistes von den Stufen des improvisierten Altars gerät wird, erteilt Celso Orlandi den Segen. Und zuletzt, als Nachfeier, steigt, von 50.000 Stimmen getragen, das Deutschlandlied an.

Nachdem Aufsat und Stillung entfaltete sich eine prunkvolle Schau, die in farbenleuchtenden Allegorien die Duldung von dem Kreuz und das Bekenntnis zur Kirche zur Darstellung bringt. Banner und Standarden zahlloser Vereinigungen halten erheben und heben die grüne Fläche des Stadions mit bunten Tapeten; unter ihnen die „jugendbewegten“ Gruppen des Hohen-

Sonntag in Berlin — Sonntag im Grünen

Wochenende liegt sich leichter, als es sich lebt. Wer weiß von der Überanstrengung, die in einem verlässlichen Bienenstock zugetrieben, die mit einem großen Aufwand an Zeit und Geld getroffen werden müssen, und die präziseste Wirtin der Woche zu bejahen haben? Am leichtesten geht es denen wohl, die es sonst im allgemeinen gerade haben: haben die großen Familien, die mit den bekannten Rindern und Regeln ins Grüne pilgern. Zu werden eben die Stillenplätze genommen und um einen Tisch in den unbedenklich gemüllten Berliner Sommergärten niederzuliegen, und der Welt mit der Welt und das Bier dazu zu trinken. Und so liegen dann Hunderte und Tausende in Teplon, in Zegel, in Oranien, in Rannsee, in Niedersdorf, und der Sonntagnachmittag ist eben das Wodener.

Wer aber sein Motorrad und sein Auto für den Sonnabend und Sonntag herbeibringt, der weiß die Ruhe und Ergoltheit des Sonntagmorgens bereits zu schätzen. Und am Sonntag auf der Landstraße, im Glanz der vornehmlichen Einfahrt der „Rebenauten“, so der Welt ein wenig wert, der furchtlos wärent die schönsten Maschinen, die praxistollsten Karosserien ohne solches Gewicht? So ist es eine nur zu bezeichnende Tatsache des Fußgängers, wenn er der Mühlengasse spottet, mit denen der Wodener-Kultur belegen ist. Jene wissen schon, was und warum es ist.

Die erste der beiden Sonntagstage, die der Reichshauptstadt in den letzten Monaten behermet war, ist auch am letzten Juni-

sonntag nicht, wenn auch der Sonnabend und vor allem der regnerische Eisenbahntag Freitag kein sehr erfreulicher Sonntag war. Aber am Sonntag für Sonntag ein lebendiger Sonntag der Millionen auf die Ausflugsorte kann man nicht immer wieder von Festtagen sprechen. So ist eben nur festzustellen, daß getreu die Sonntage der Stadt, Ring- und Forstbahnen ihre Fahrgäste laden, daß die Straßenbahnen mit zwei und Hellenselle sogar mit drei Fahrgängern führen, daß die Verkehrs- und sonstigen Leistungen im Vergleich mit dem Sonntag der Millionen in die letzten Wochen der Berliner Umgebung angesetzt wurde, und daß sich auch die neuen „Reisenbahnhöfe“ der U-Bahn als anzehend erweisen. Bei der Eisenbahn halten die Ausflugsorte zum unvergleichlichen Stranbad Wannsee, die Bahnhöfe Mühlentee und Wannsee, mit insgesamt 50.000 abgehenden Fahrgästen die Spitze. Wenige von ihnen besitzen nicht nicht abgehoben haben. An die gleiche Stelle hat sich 28.000, Potsdam mit 23.000, Stahnsdorf mit 19.000, Zossen mit 10.000 Fahrgästen krümmen durch die Wälder des Böhmschen Forstes in die deutsche Komplexität zum Hauptort. Die Berliner Verkehrsverwaltung befreite insgesamt 2.716.000 Fahrgäste, davon die Eisenbahn allein 1.698.000, 638.000 Personen führen mit dem Stutabus und 444.000 von der U-Bahn. Zu diesem mehr internen Betrieb kam dann auch der Markt in die letzten Wochen auf den Berliner Verkehrsbehörden auf. Am Kaufe des Dienstag werden die ersten Verordnungen abgelesen, von denen die meisten am 2. Juli Berlin verlassen. Für die ersten fünf Julitage rechnet man mit dem üblichen Strom auf die Sonntage.

Unter dieser Wärentilft in die Reihe hatte die Innenstadt nicht zu leiden: am 1000 Stadtbike im 600 tausend 20.000 Berliner, die folgende befanden.

Eisenbahnunglück bei Wien

Wien, 30. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich heute in der Nähe der Bogenstation Einmündung der Alpen-Bahn ereignet. Zwei Waggon eines mit Passagieren dicht besetzten Personenzuges entgleiten, wobei einer der Wagen umstürzte und sechs Fahrgäste dabei starben, ein anderer wurde schwer verletzt. Von den Verletzten, die zum Teil aus dem östlichen Tirol und weiteren des Bogen bezugsgekauft wurden, erlitten drei schwere, sechs leichte Verletzungen.

Das Unglück ist zum Teil auf verkehrliche Schwächen, nach Angaben von Sachverständigen aber auch auf mangelhafte Wagenkonstruktion zurückzuführen.

Die Tragödie von Lübeck

Die gerichtliche Voruntersuchung in Lübeck gegen Obermedizinalrat Althaus von dem deutschen Gesundheitsamt und gegen Professor Deneke vom Allgemeinen Krankenhaus, sowie gegen dessen Laboratoriumsleiter ist, wie jetzt bekannt wird, am Grund der Schlußfolgerungen des Hygieneinstitutes erloschen worden. Es hat sich herausgestellt, daß man zwar die Fütterung mit dem besorgenen Bazillen zwar im Krankenhaus selbst abgelehnt, jedoch es unterließ hat, außerhalb des Krankenhauses die Fütterungen abzuhalten. Darin wird eine schwere Fahrlässigkeit der Menge gesehen. Inzwischen wird die Lübecker Bevölkerung in neue Aufregung versetzt; denn eines der Kinder, deren Befinden sich gebessert hatte, ist von neuem krank geworden.

Ein Fliegergedenken in Johannisthal

Auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flugplatzes Johannisthal“ fanden sich am Sonntag früh Vertreter der Fliegerabteilung und „Bereine zu einer Beobachtung an die in der Vorkriegszeit und im Weltkrieges löblich verunglückten Fliegerpiloten ein. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurde die Fliegerabteilung beehrte sich vom Schicksal aus der Zeit mit den Fahrenabteilungen zum Flugplatz, nach mühseligen Fortritten des Obergangens „Lohnung“ und einer Reichswehrpiloten gedachten Gedächtnis der drei Konstellationen der Opfer, die die Luftfahrt bisher erlitten hat. Flieger Müllers, der im Flugplatz als Träger der Kultur, die jedoch allein — der furchtbare Weltkrieg hat es gelehrt — nicht genügt, sondern die sich mit der menschlichen Seele und der göttlichen Idee vereinen müsse, um den irdischen Menschen zu gestalten. Der holländische Flieger Dr. Offer, der letzte von den beiden, die in Johannisthal, den die Zeit des Krieges gebracht haben; Dienst an der Gemeinwohl und Liebe zum bewußten Bruder. Rabbiner Dr. Baer rühmte die Flieger als die wahrhaften Pioniere zu neuen Zielen: nur von oben niederfliegen, dem will das, was unten Schranken sind, nicht als Zensuren erscheinen. Major a. D. Dr. Hildebrandt, Goslar, sprach bei seinem Rückblick auf die Entdeckung der deutschen Luftfahrt von dem großen Wärent, die als Pioniere gewirkt haben, und von dem großen Tode, die der Johannisthaler Platz erlebt hat.

Saß drei Wochen in der Luft

New York, 30. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Chicagoer Fliegerbrüder Sumter, die, wie berichtet, seit über drei Wochen in der Luft flogen, abgestiegen gestern den 18. Tag und haben damit den Dauerflug beendet, der mit 420 Stunden 21 Minuten und 30 Sekunden aus von Amerika gehalten wurde, gebrochen. Sie wollen so lange fliegen, bis sie aus technischen Gründen zur Landung gezwungen werden. Als der erste Pilot abgestiegen ist, wurden ihm von dem Hilfsschwarm durch den Schuß, der sonst das Bein führt, flammende Mittel zugeleitet.

Konzert im Zuschauers Hausbrauerei.

Am Zuschauers Hausbrauerei fand am Sonntag eine Benefizkonzert statt, für die sich die Konzertsängerin Dr. Jürgens, eine Schmecker des Wärents Arnold Preisig, und die Pianistin Frau Marie Jürgens zur Verfügung gestellt hatten. Die musikalischen Vorleistungen, hauptsächlich die Konzertsängerin Dr. Jürgens, erwarben die Wärents Arnold Preisig, und die Pianistin Frau Marie Jürgens zur Verfügung gestellt hatten. Die musikalischen Vorleistungen, hauptsächlich die Konzertsängerin Dr. Jürgens, erwarben die Wärents Arnold Preisig, und die Pianistin Frau Marie Jürgens zur Verfügung gestellt hatten.

Wer weiß? Bei Contagionsausfällen in die Wege

Bei Contagionsausfällen in die Wege sind wieder auch Personen abgehört. Von den Potomac-Bahnen führte die Contagionsausfälle, die in Billermeier, Schaeffer, von den Kaufmännern aus dem Potsdam gebürtige Alois Jürgens ab, die Persewatt geriff sofort ein, konnte jedoch beide nur als tote bergen. — Am Sonntag wurde ein Verunglückter, ist die Zeit bei dem Gebrauche vermissten Reobators Kurt Wärents aus Brandenburg in Breußen gerufen worden. Es wurde festgestellt, daß er auf einer Station verunglückt ist.

Für die Reise: Boenickes Hausmarken

die unbücherrliche Sumatra-Spezialmarke:

Coronitas 50% .. 12 Pf.
Coronas klein 11% .. 13 Pf.
Coronas mittel 22 .. 15 Pf.
Coronas groß 33 .. 18 Pf.
Coronas extra 44 .. 20 Pf.

Am 30. Juni 1920
Wiederholend: 5% Rabatt bei Bestellungen von Originalen
 während der 5% Rabatt bei Werten von N. 5. -

Otto Boenicke

Genie a. Zoo - Königsstr. 49 - Köpferstr. 39 - Bayerischer Platz 91 - Schlossstr. 96 Steglitz - Invalidenstr. 177
Genie a. Zoo - Königsstr. 49 - Köpferstr. 39 - Bayerischer Platz 91 - Schlossstr. 96 Steglitz - Invalidenstr. 177
 (Wohnst. Berlin)

Heruntergeladen von www.scribd.com

Weitener Verlauf der Börse

Kurse gegen 2 Uhr

Daimler 33, Hirsch-Eberle 130, H. B. Berg 125,5, I. G. Farben 262,5, AEG, 114, G. H. 114, Schuckert 172,5, Elek. Licht 118, Kirden 179, Ver. Stahl 114, ...

Termin-Notierungen

Präm.-Erklärung u. Liquidationsklauseln	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Festverzinsliche Werte

Disch. Staatsanleihe	Zin	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Rentenbriefe

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Prozentscheine

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Stadtschätze

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Landesbank

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Währungsnoten

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Stadtschätze

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Landesbank

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Währungsnoten

Pr. Landrentb. 4%	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

118 und Gelb. Reichsbank 261, Süddeu. S. 30, Diamant 8, H. Aktien ...

Amlicke Kurse der Berliner Börse vom 30. Juni 1930

Amlicke Kurse	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Fort. Notierungen

Fort. Notierungen	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Schuldversch.

Schuldversch.	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Konvert. Oblig.

Konvert. Oblig.	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Aust. Staatsanleihen

Aust. Staatsanleihen	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Amst. Esanb.-Obli.

Amst. Esanb.-Obli.	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Aktien

Aktien	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Dividendenkass. Hotelbetriebs AG, Von Altkönig ...

Dividendenkass. Hotelbetriebs AG

Dividendenkass. Hotelbetriebs AG	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Banken

Banken	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Verkehr

Verkehr	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00

Kolonial-Ver.

Kolonial-Ver.	Kurs	Termin
1. März 1933	100,00	100,00
2. März 1933	100,00	100,00
3. März 1933	100,00	100,00